

# Aktivitäten und Initiativen in Europa 1/1980



## Wie die Gemeinde, wie die Region, so die Lebensqualität!

Von Guy DUFOUR

*Was aber machen wir mit unseren Gemeinden?*

Wenn hier Bäume ausgerissen werden, um eine Straße zu erweitern, dort ein Platz mit schmutzigem Papier übersät ist und an anderer Stelle Schrebergärten mit dem Bulldozer ausgelöscht werden, ist das unser Werk, das Werk der Allgemeinheit. Neue Betonbauten, die in den Feldern rund um die Stadt hochgezogen werden, die Verunreinigung des Dorfbaches durch Abfälle und die Verschandelung der Landschaft durch Kunststoffzeugnisse aller Art, der von Hochspannungsleitungen durchschnittene Wald, die Gebirgslandschaft, in die durch Staubecken tiefe Wunden geschlagen wurden, der Fluß, in dem alle Fische ausgestorben sind – alles das fällt auf uns zurück; das haben wir uns selbst zuzuschreiben. Denn die Gemeinde, das sind wir. Wir, die den Gemeinderat gewählt haben, die wir Einfluß auf seine Entscheidungen nehmen können, haben es vielleicht geschehen lassen, daß die Gemeinde sich dessen begab, was ihre Schönheit ausmachte, daß sie ihre Würde verkauft, ihre Pflichten und ihre Rechte vergessen hat.

Wer mir entgegenhält, daß die Gemeinde keine Vollmachten hat, den frage ich, warum er sie dann nicht für seine Gemeinde verlangt. Das Europa von heute, die neue demokratische und auf Partizipation gegründete Gesellschaft mit ihren 370 Millionen freien Europäern setzt starke Gebietskörperschaften voraus. Die für Gemeinde- und Regionalfragen zuständigen Minister unserer 21 Länder haben dies auf ihren drei Tagungen in Paris, Athen und Lissabon eindeutig gesagt. Sie haben es im September 1978 in Stockholm erneut bekräftigt, wo sie gemeinsam die Voraussetzung für eine Beteiligung der Bürger am Gemeindeleben geprüft haben. Es gilt daher, die Tatsachen mit den Absichten in Einklang zu bringen. Und das hängt von jedem einzelnen von uns ab.

Wer mir entgegenhält, daß seine Gemeinde zu groß sei und daß er in der riesigen Stadt, in der er wohnt, nur den Einfluß eines Stimmzettels habe, den er alle vier, fünf oder sechs Jahre in die Wahlurne gleiten lasse, den frage ich, warum er denn nicht in seinem Stadtviertel einen Anfang macht, sich an einer Bürgervereinigung in seinem Viertel beteiligt oder erforderlichenfalls eine solche ins Leben ruft. Auf ihrer Konferenz in Lissabon im Oktober 1977 haben die für Kommunalfragen zuständigen europäischen Minister erklärt: „Es geht darum, den ureigenen Bestrebungen der Völker zu entsprechen mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Entwicklung echter Gemeinschaften zu schaffen, mit denen der Mensch sich zu identifizieren vermag und in denen eine Beteiligung an den Entscheidungen der Organe gewährleistet ist, die über seine Umwelt bestimmen. Mit der Umstrukturierung der Gemeinwesen auf größere Dimensionen muß eine Anpassung der natürlichen Nachbarschaftsgemeinschaften wie des Stadtviertels im städtischen Bereich und des Dorfes in ländlichen Zonen einhergehen.“

Die Konferenz der für Gemeindefragen zuständigen Minister hat also auch *das Dorf* nicht vergessen. Der Europarat, der die erste und leider noch immer die einzige unter den europäischen Institutionen ist, bei der die Gemeinden und Regionen der Mitgliedsstaaten offiziell vertreten sind, ist auch die erste Institution gewesen, die sich für die Notwendigkeit einer Verteidigung des ländlichen Raumes und seiner Werte eingesetzt hat.

Zu einer Zeit, in der nur allzu viele offizielle Instanzen die Landflucht als Fortschritt priesen, hat die – bereits 1957 eingesetzte – Europakonferenz der Gemeinden und Regionen festgestellt, daß mit der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung sehr ernste Nachteile verbunden sind. Ihre Entschließung 63 lautet: „Der ländliche Raum ist ein künstlich geschaffener Raum, ein Werk der Menschen, das Ergebnis einer langwierigen Entwicklung und eines prekären Gleichgewichtes, eines Gleichgewichtes zwischen Mensch und Natur, zwischen Dorf und Flur, zwischen Stadt und Land, das für die Natur ebenso unentbehrlich ist wie für den Menschen, da der Mensch ebenso sehr auf die Natur angewiesen ist wie die Natur auf den Menschen, sämtliche Untersuchungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß der Abwanderungsbewegung eine Grenze gesetzt ist, bei deren Überschreitung jede wirtschaftliche Tätigkeit und sogar der Fremdenverkehr unmöglich wird und der Boden selbst nicht etwa zur Natur zurückkehrt, sondern sich in eine Wüste verwandelt.“

Die Verteidigung der natürlichen Umwelt führt über die Verteidigung der ländlichen Welt. Die natürliche Umwelt besteht aus einer engen Verflechtung zwischen den natürlichen Gegebenheiten und der menschlichen, der von Menschenhand konstruierten Welt. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen und auch der Mensch kann nicht aus dieser Umwelt, aus dieser Kulturlandschaft herausgelöst werden, die er durch die Jahrhunderte hindurch und von Generation zu Generation aufgebaut hat. Wie die Pflanzen wurzeln auch die Menschen in ihrer natürlichen Umwelt, von der nicht nur ihre materiellen Lebensbedingungen, sondern auch ihr psychisches Wohlergehen und ihre ethischen Werte abhängig sind. So untrennbar ist diese Verbindung, daß eine Entwurzelung den Menschen sehr oft geradezu in seiner Existenz bedroht.

Daß der Mensch das Recht hat, „in seiner Heimat zu leben“ – wir sagen nicht, daß er dazu verpflichtet ist, denn es gibt auch Pflanzen, die in andere Erde gesetzt, umgetopft werden müssen –, ist zweifellos das erste aller ökologischen Gesetze. Welche Lebensqualität bietet sich dem aus seiner Heimat abgewanderten Menschen, dem Bauer, der sich dazu verdammt sieht, im Rhythmus von Untergrundbau und Fließbandarbeit zu leben, dem Südländer, den es in die Städte nördlicher Regionen verschlagen hat? Die „Grünflächen“ einer gelungenen Stadtplanung, der Rasen öffentlicher Plätze, die Bekämpfung von Verunreinigungen sind nicht dazu angetan, die natürliche Umwelt des entwurzelten Menschen nennenswert zu verbessern.

Die Verteidigung der Umwelt führt über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der armen Regionen, damit deren Bewohner, soweit sie es wünschen, in ihrer natürlichen Umwelt bleiben können. Und hierin besteht ja gerade eine der ersten Aufgaben der Gemeinden dieser Regionen: für diese Entwicklung zu sorgen, ohne die es nur wirtschaftlichen Niedergang und Landflucht, Landflucht und Niedergang geben kann. Daß es sich dabei um eine ausgewogene und auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnittene Entwicklung handeln muß, braucht wohl nicht noch unterstrichen zu werden.

Denn welche Chancen hätte sonst eine Umweltpolitik in den großen Städten, sowohl in den städtischen Ballungsräumen Nordwesteuropas als auch in den zentralisierenden Hauptstädten der anderen Länder? Beeindruckend ist die Festlegung, daß die meisten Länder am Rande Europas sich den gleichen Problemen strukturellen Ungleichgewichts gegenübergestellt sehen; überall ballt sich in einem oder zwei städtischen Zentren ein übergroßer Anteil der Landesbevölkerung zusammen, und dieses Mißverhältnis nimmt mit der Landflucht und der Konzentration auf die Großstädte immer ausgeprägtere Formen an. Keine städtische Umweltpolitik vermag diesem ständigen Zustrom, der sich auf die städtischen Zonen und auf die

zentralen Regionen konzentriert, Widerstand zu bieten. Die immer stärkere Ballung der Tätigkeiten, der Bevölkerung und der Verkehrsströme bedingt, wie es in der Erklärung des Symposiums von Galway über die Randgebiete heißt, ein Emporschnellen der finanziellen und sozialen Kosten, eine steigende Tendenz der Bodenpreise und folglich der Wohnungspreise und der Lebenshaltungskosten, die Notwendigkeit einer ständigen Anpassung der immer wieder vom Bedarf überholten öffentlichen Einrichtungen und einen fortdauernden Kampf gegen die Verschlechterung der Umwelt- und Lebensbedingungen, und aus allen diesen verschiedenen Quellen nährt sich die chronische Inflation der westlichen städtischen Gesellschaft.

Die Verteidigung der städtischen Umwelt steht und fällt mit der Verteidigung der natürlichen Umwelt und mit der Verteidigung der ländlichen Welt. Der Kampf um die Lebensqualität führt über eine Politik der ausgewogenen Entwicklung, und zwar ausgewogen zwischen Land und Stadt und ausgewogen auf der europäischen wie der regionalen Ebene.

Dieser Grundsatz wurde bereits 1970 von der ersten Konferenz der für die Raumordnung zuständigen Minister, die der Europarat in Bonn einberufen hatte, und von der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen unterstrichen, die ihrerseits in ihrer Entschließung 78 erklärte, die Umweltpolitik müsse sich auf eine regionale Raumordnungspolitik stützen, der es darum zu tun sei, zugleich eine Entwicklung der peripheren und eine echte Entballung der stark industrialisierten, verstäderten und überbevölkerten zentralen Regionen sicherzustellen, in denen die Lebens- und Umweltbedingungen ganz allgemein sich am stärksten verschlechtern.

Die Aktion der reichen und entwickelten Regionen zugunsten der benachteiligten Randgebiete, bei der es um mehr geht als um reine Solidaritäts- und Billigkeitserwägungen, kann sich, wenn sie auf einer nachhaltigen und sehr umfassend angelegten europäischen Regionalpolitik aufbaut, für Umwelt und Lebensqualität in den zentralen und unter übermäßiger Zusammenballung leidenden Regionen außerordentlich günstig auswirken.

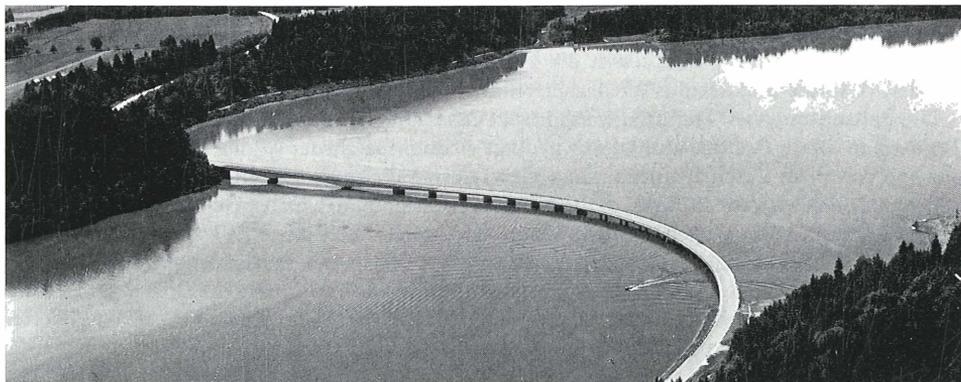
Auf diese Weise werden die Regional- und Gemeindebehörden ihrer „wesentlichen Rolle bei der Planung und Durchführung einer Umweltgestaltungspolitik in Europa“ gerecht, wie sie den Vorstellungen der ersten Europäischen Naturschutzkonferenz entspricht, die der Europarat 1970 anlässlich des Europäischen Naturschutzjahres einberufen hatte.

*Anschrift des Verfassers:*

*Guy Dufour*

*Conference of Local and Regional Authorities  
of Europe*

*Environment & Town Planning Com. CE*



# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1980

Band/Volume: [1980\\_1-2](#)

Autor(en)/Author(s): Dufour Guy

Artikel/Article: [Aktivitäten und Initiativen in Europa 1/1980; Wie die Gemeinde, wie die Region, so die Lebensqualität! 53-55](#)